

Zeitschriften

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **152 (1986)**

Heft 4

PDF erstellt am: **03.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeit- schriften

Wehrtechnik (BR Deutschland)

Minenräumergerät KMT-6 der NVA (DDR)

Das Bild zeigt das Pflugscharminengerät an einem Kampfpanzer T72 der NVA. Die an beiden Seiten der Panzerfront angebrachten Pflugscharen mit den Messern zum Ausheben der Minen sind gut erkennbar. Mit den abgesenkten Pflugscharen lassen sich zwei Fahrspuren von je 75 cm Breite für Fahrzeuge oder Fusskämpfer von Minen räumen. Zwischen den Spuren bleibt ein ungeräumter Streifen von zirka 2,15 m Breite. Die mögliche Räumgeschwindigkeit liegt zwischen 6 und 13 km/h. Jede Panzerkompanie verfügt über drei solche Minenräumergeräte. Für die Montage sind 15–20 Minuten vorzusehen. Das KMT-6-Gerät ist seit Anfang der 80er Jahre im Einsatz. jst
(Aus Nr. 1/86)



Truppendienst (A)

Österreichs Verteidigungshaushalt 1986

Das Verteidigungsbudget 1986 sieht für militärische Angelegenheiten einschliesslich der militärischen Bauten Ausgaben in der Höhe von 18,77 Milliarden Schilling (1,7 Milliarden Franken) und Einnahmen in der Höhe von 618,99 Millionen Schilling (56,27 Millionen Franken) vor. Gegenüber 1985 ist die Steigerung bei den Ausgaben 5 Prozent. (Aus Nr.1/86) jst

Geistige Landesverteidigung in Österreich

Anfangs dieses Jahres wurde in unserem Nachbarland der Staatspreis für publizistische Leistungen im Interesse der geistigen

Landesverteidigung an zwei Zeitungsredaktoren im Rahmen eines feierlichen Aktes verliehen.

Damit unterstreicht das Bundesministerium für Unterricht und Kunst die hohe Bedeutung der geistigen Landesverteidigung für die Selbstbehauptung Österreichs.

In seiner Festansprache betonte Bundesminister Dr. Helmut Zilk (SPOe), dass er aus voller Überzeugung hinter allen Bemühungen um die umfassende Landesverteidigung (= Gesamtverteidigung) stehe. Er habe sich sowohl während seiner Lehrtätigkeit als auch im Rahmen seiner journalisti-

schen Betätigung in Rundfunk und Fernsehen dieser Aufgabe angenommen und trete nunmehr, im Rahmen seiner Ministerverantwortlichkeit, ganz besonders für die Belange der geistigen Landesverteidigung ein. Er begrüsse daher jede Bemühung in dieser Richtung, die dazu beitragen kann, die Basis des Selbstbehauptungswillens des österreichischen Staates, die innere Einstellung jedes einzelnen zu Fragen der umfassenden Landesverteidigung, zu stärken. (Nach «Truppendienst», Nr. 3/84).

Da drängt sich unwillkürlich ein Vergleich Schweiz–Österreich auf ... fas

Die Militärpolitik im Spiegel der Presse

Zusammengestellt von Hptm Eberhart

Bericht über die Periode vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1985

1. Schlagzeilen

- Rüstungsprogramm 1985 von den eidgenössischen Räten gutgeheissen
- «Braucht die Armee mehr Geld?»
- Generalstabschef J. Zumstein anlässlich eines Pressegesprächs: «Keine eigentlichen Lücken in der Kriegsbereitschaft!»
- Positiver Gesamteindruck Rüstungschef F. Wittlins von der Gruppe für Rüstungsdienste.
- Demission des Direktors der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZVG)
- Schweizer Milizarmee beim Genfer Gipfel mit im Blickfeld
- Gotthardfestungen – ein Symbol des Widerstandswillens ist 100jährig
- Vernehmlassungsvorschlag des EMD zur «Entkriminalisierung der Militärdienstverweigerer» kritisiert
- Bei Halbzeit 52 000 Unterschriften für die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee»
- Unfälle und Waldbrand während Militärdiensten: Zufall?
- Radio DRS 3 und Zürcher Lokalradio (LoRa) verletzen Rundfunkverordnung und Völkerrecht.

2. Übersicht

Rückblickend auf die Berichtsperiode stehen

- **rüstungspolitisch** das sowohl vom National- wie auch Ständerat mit grossem Mehr **genehmigte Rüstungsprogramm 1985**, die in diesem thematischen Rahmen aufgeworfene Frage nach der Höhe der **Militärausgaben für die Milizarmee der neunziger Jahre** sowie die **Bewertung der schweizerischen materiellen Kriegsbereitschaft** des Ende 1985 scheidenden Generalstabschefs ins Auge.
- Im Bereich der **Wehrpolitik** beschäftigten nochmals die «Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZVG)», insbesondere der **Rücktritt ihres Direktors A. Wyser**, der **Aktivdienst von Schweizer Truppen in Genf** anlässlich des **Gipfeltreffens** zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow, die **Vernehmlassung** zur vom EMD vorgesehenen Neuregelung der geltenden **Bestrafungspraxis bei Militärdienstverweigerung** und die **Verankerung des waffenlosen Dien-**

Voll im Trend

«Laut einer neuesten Untersuchung über die Armee (Haltiner), sind die Schweizer immer noch in ihrer weiten Mehrheit für die Landesverteidigung. Nur ist das Militär kein goldenes Kalb mehr. Der Dienst ist für die meisten lästige Pflicht, die Ausgaben, so sagen es Umfragen schon seit Jahren, erscheinen klaren Mehrheiten im Volk zu hoch. Damit liegen jene bürgerlichen Parteien (und die assoziierten Offiziersgesellschaften) nicht grad im Trend, die eine eingeleitete «Noch-mehr»-Politik vertreten. Knapp 4 Milliarden Franken für neue Panzer, bald einmal 3½ Milliarden Franken für 50 neue Flugis. Neben dem Trend liegen auch die Armee-Abschaffungswilligen mit der «Schweiz-ohne-Armee-Initiative». Wirklich im Trend sind damit bloss die Sozialdemokraten. Sie bekennen sich wie die Mehrheit zur Landesverteidigung. Und sie wollen das feldgrüne Wesen, das immer dabei ist, sich zu verselbständigen, auf ein vernünftiges Mass bringen. Mit der Rüstungsreferendums-Initiative. Wenn sie Erfolg hat, kann das Volk endlich in eigener Regie sagen, wieviel Gold am ehemals völlig goldenen Kalb Militär noch dranbleiben soll».

(Quelle: Pressedienst der SP Schweiz, Nr. 198, 10. 2. 1986)

stes im Bundesgesetz über die Militärorganisation sowie die Diskussion über die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee ...» die Medien.

– Aus **militärischer** Sicht schliesslich weckten die **Truppenübung «Feuerwagen»** des FAK 2, die Unfälle anlässlich der **Manöver «Tornado due»** des Geb AK 3, sowie der auf dem **Waffenplatz St. Luzisteig** im Rahmen eines Nahkampf-kurses der Schiessschule Walenstadt entfachte **Waldbrand** reges Interesse.

Von der Presse ist das in den beiden Räten kaum bestrittene **Rüstungsprogramm 1985**, dort, wo kommentiert, durchwegs mit Genugtuung aufgenommen worden. Jedoch wurden Stimmen laut, die einerseits auf bis Ende dieses Jahrzehnts in Sichtweite rückende finanzielle Engpässe im Bereich der Rüstungsbeschaffung aufmerksam machten und eine reale Erhöhung der Rüstungsausgaben forderten. Andere Blätter wiederum

brachten die Frage der Militärausgaben mit der Initiative «für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben» (Rüstungsreferendum) in Zusammenhang, um den Widerspruch zwischen einer solchen Mitbestimmung von «Generalisten» und der auch in finanziellen Belangen vermehrt verlangten Sachkompetenz hervorzuheben.

Ganz im Geiste eines emotionsgeladenen und oberflächlichen Journalismus gab die breite Presse ihre Meinung über den **Waldbrand bei St. Luzisteig** zum besten. Charakteristisch waren etwa Argumente – ob von «links» oder von «rechts» erhoben, spielt in diesem Fall keine Rolle –, dass der **Bannwaldbrand** «katastrophal», der Schaden «gross», das Verhältnis zum Fürstentum Liechtenstein «gestört», die «Ignoranz der Offiziere frappant» sei. Nur wenige Blätter wie etwa die «Neue Zürcher Zeitung» oder das «Aargauer Tagblatt» hoben hervor, dass dieser bedauerliche Zwischenfall keine Rückschlüsse zulasse auf das Verhältnis der Armee zur Umwelt und vielmehr die Problematik unserer Ausbildungsplätze aufzeige.

3. Rüstungsprogramm 1985 und die Lage der Finanzen für die Armee

Zufrieden mit dem Entscheid des Ständerates zugunsten des Rüstungsprogramms (RP) 1985 war der **Bund** (12.12.). Er schrieb, dass es «empfindliche Lücken» schliesse, und die «leichtgewichtige» Beschaffung nun beginnen könne.

Im Blickwinkel des «Inlandanteils» von 43 Prozent oder 280 Millionen Schweizer Franken am RP 1985 meinte die **Ostschweiz** (4.10.), dass mit der Beschaffung des neuen Laser-Goniometers der Firma Wild, Heerbrugg AG, nicht nur für Beschäftigung im St.Galler Rheintal und Sarganserland gesorgt werde. Auch werde dadurch ermöglicht, dass diese Firma in den Besitz neuer Technologien komme. Von grossem Interesse für die betroffene Region sei es, dass diese Technologie später auch im Zivilsektor eingesetzt werden könne. «In den vergangenen Jahren hat die Ostschweizer Industrie über die Beschaffung des Leopard 2 sowie des gestern beschlossenen Laser-Goniometers wesentliche Impulse erhalten.»

Die «**Poch-Zeitung**» (9.10.) unterstrich die Aussagen Nationalrat Herczogs, dass sich die Planung der Beschaffung des neuen taktischen Fliegerradarsystems Tafir und des integrierten Luftlage-Integrationssystems Florin nicht nur als ein «kalkulierbares», sondern «programmiertes Risiko» entpuppe. Sie meinte, dass hier wiederum ein «ähnlicher Flop drohe wie bei der Kette Mirage bis Florida».

Der «**Tages-Anzeiger**» (12.12.) vertrat die Ansicht, dass der «schweizerische Verteidigungsminister» grundsätzlichen Kämpfen gegen eine Opposition, ganz im Gegensatz zu einigen seiner europäischen Kollegen, eigentlich nie ausgesetzt sei. «Dieser ungestörte Grundkonsens trat gestern Mittwoch bei der Beratung des Rüstungsprogramms im Ständerat wieder einmal in Erscheinung. Kommissionspräsident J. Schönenberger hielt ein 10-Minuten-Referat, EMD-Chef J.-P. Delamuraz sagte ein paar nette Worte – und schon hatte er die gewünschten 655 Millionen Franken im Sack, einstimmig abgesegnet durch den Rat.»

Begründete grössere Sorgen waren indes-

sen in bezug auf die zukünftige Rüstungsfinanzierung zu vernehmen. Die **Evolution** (11.11.) meinte, die ohnehin komplexen und aufwendigen Rüstungsabläufe würden durch das Rüstungsreferendum als einen grossen Unsicherheitsfaktor kompliziert, weil es zusätzliche Umtriebe und Kosten verursache. «Irgendwo stösst das Milizparlament der Generalisten einfach an Grenzen, die nicht überschreitbar sind. Das Rüstungsreferendum, das heisst Volksabstimmungen über solche Probleme, wird angesichts dieser Überlegungen zur vollendeten Groteske.»

Unter dem Titel «Braucht die Armee mehr Geld?» analysierte das «**Badener Tagblatt**» (23.11.) insbesondere die finanziellen Probleme der Rüstungsbeschaffung. Zwar werde durch den folgerichtigen Kampfpanzerentscheid, die vorgezogene Ablösung des Sturmgewehrs 90 und Rückstellung des Panzerabwehrhelikopters sowie der leichten Flab-Lenkwafe das finanzielle Problem kurzfristig geschickt umgangen. Gelöst werde es aber grundsätzlich nicht. «Ende dieses Jahrzehnts werden sich finanzielle Probleme bei der Rüstungsbeschaffung in aller Schärfe stellen – noch bevor der Kampfhelikopter oder der Transporthelikopter, geschweige denn die Einmann-Fliegerabwehrwaffe in Ausbausritten untergebracht werden können.» Die Doktrin des «hohen Eintrittspreises» koste halt eben etwas. In dieser Beziehung gerate die Schweiz in zunehmende Bedrängnis. «Können wir (wollen wir) die Armee der neunziger Armee bezahlen? ... Eine dem Bedrohungsbild entsprechend ausgerüstete Armee mit der angestrebten und nötigen hohen dissuasiven Wirkung ist mit knapp 2 Prozent des BSP in den neunziger Jahren nicht zu haben – auch mit dem kostengünstigen schweizerischen Milizsystem nicht. Es ist schrittweise anzustreben, wieder zum Ausgabenanteil, der bis Mitte der sechziger Jahre galt, rund 2,5 Prozent des BSP, zu gelangen.» Eine solche «angemessene Erhöhung der Rüstungsausgaben für eines der reichsten Länder der Welt» sei verkraftbar.

4. Generalstabs- und Rüstungschef ziehen Bilanz

Ob die Medien das Pressegespräch mit Generalstabschef J. Zumstein mit «Himmelsbläue» («**Solothurner Zeitung**», 30.10.) oder mit «cinq années très dissuasives» (**24 heures**, 31.10.) überschrieben – sie waren sich einig darüber, dass dieser hohe Militär mit seinem Optimismus und seiner Überzeugtheit viel vom Vertrauen in die höhere Truppenführung beigetragen habe. Wenige Blätter hinterfragten, was es mit seiner positiven Bilanz auf sich haben könnte.

Die **Luzerner Neusten Nachrichten** (31.10.) liessen offen, «ob die Feststellung als Beitrag zur Dissuasion, zur vielberedeten Abschreckung also gedacht oder von Stolz über die geleistete Arbeit geprägt war ...». Hier liegt es nahe, dass das Blatt angesichts der «neuen Dimension in der Bereitschaft» folgerte: «Da konnten Zuhörer, in Abänderung einer gängigen Formulierung, nur noch schlussfolgern: Die Schweiz ist bis an die Zähne vorbereitet.» Schliesslich gab es zu bedenken: «Was einem da unweigerlich auffällt: Wenn Beschaffungen vor der Tür stehen, werden die Mängel geschildert – und fast gleichzeitig loben die Armeeführer die eigene Stärke ...»

«La mission accomplie» betitelte **FAN-L'Express** (31.10.) das Pressegespräch. Es könne nicht darum gehen, «le bilan rapide et cependant très complet» detailliert wiederzugeben. Vielmehr seien «les impressions générales» zu schildern, die man vom scheidenden Militär habe. «... en particulier s'agissant de la valeur et de l'efficacité de l'instrument de défense auquel il a tant donné de lui-même; celles, encore d'un homme pour qui les préoccupations techniques ou stratégiques, qu'il dominait aisément, ont toujours cédé le pas devant le souci d'améliorer constamment le sort de l'homme du rang ... Ce n'est pas, sans doute, la moindre raison de la reconnaissance que lui doit le pays.»

Unter der Rubrik «Links notiert» gab die **Basler AZ** (31.10.) ihre Sicht auf die «Zumsteinsche Bilanz» zum besten. «Ende gut – alles gut: Und das heisst bei hohen Militärs offensichtlich Lobpreiserei ... Einen Persilschein hier, einen dort, am Schluss ... hat jeder eine saubere Weste ... Auch das Rüstungsreferendum, es wartet zurzeit in bundesrätlichen Schubladen auf Bearbeitung, ist dem Generalstabschef keine Erwähnung wert.»

Grösstenteils meinten die Medien zur Bilanz des neuen Rüstungschefs nach seinen ersten hundert Tagen Amtszeit, dass dieser «einen sehr kompetenten, positiven und verhandlungsfähigen Rüstungsmanager»-Eindruck mache (**Thurgauer Tagblatt**, 9.10.). Als «homme ouvert, mais décidé et efficace», mit einem «style détendu et souriant» (**Journal d'Yverdon**, 22.10.) charakterisierten ihn diese Zeitungen. «Eher überraschend» kam für das **Aargauer Volksblatt** (9.10.) die Ansicht Brigadier F. Wittlins: «Mein Gesamteindruck von der Gruppe für Rüstungsdienste ist positiv, sie ist kompetent, führbar und jedenfalls besser als ihr Ruf.» Das vermerkten auch der **Zürcher Oberländer** (9.10.) und die **24 heures** (9.10.) positiv. Die **Schweiz. Handels-Zeitung** (10.10.) gestand: «Hier spricht einer eine neue Sprache, verbal und nonverbal.» Hoffnungsschimmer am rüstungspolitischen und beschaffungstechnischen Horizont für die Westschweiz auftauchen sah der **Journal d'Yverdon** (9.10.). «La question de l'attribution de commandes du GDA à la Suisse romande, a dit aussi M. Wittlin, en réponse à une question, fait l'objet d'examen attentifs dans le cadre de la fabrication du nouveau char. La proportion de ces commandes par rapport à l'ensemble pourrait atteindre 15 pour-cent – amélioration sensible par rapport à la situation d'il y a quelques années.» Die **Wiler Zeitung** (9.10.) gab zu bedenken, dass die Bewährungsprobe des neuen Rüstungschefs noch bevorstehe, seien doch an der «Diskrepanz zwischen Technik und eidgenössischer Politik schon verschiedene Amtsvorgänger gescheitert». Und zudem sei noch ungewiss, wie die GRD und deren neuer Chef auf eventuelle Schweizer Produkte eingestellt seien. «So erfuhr man mit einem gewissen Missbehagen, dass der schweizerische Mowag-Piranha noch immer in Konkurrenz mit einem ähnlichen Produkt der französischen Firma Renault steht. An dieser Frage ist die ganze Ostschweiz interessiert.»

5. Dissuasive Wirkung der Armee und Gotthardbefestigungen

«L'armée en vedette» – unter diesem Titel

berichteten die **24 heures** (22. 11.) von den Aktivdienst leistenden Schweizer Truppen und zog dafür als Beweis die amerikanische Berichterstattung über den Genfer Gipfel heran. Bei jeder Gelegenheit diene sie als Blickfang, «y compris sur une radio par un adversaire d'une loi plus stricte sur la possession d'armes aux Etats-Unis. CBS lui a même consacré plus de cinq minutes très louangeuses sur le thème. «La Suisse neutre, mais pas neutralisée», qui accordait une bonne place à l'instinct de survie des Suisses, peu passionnés par la rencontre, mais toujours prêts à gagner leurs abris souterrains anti-atomiques».

Für das Feldgrün, so die **Rheintalische Volkszeitung** (15. 11.), sei dieses Gipfeltreffen wohl beste Public Relations gewesen und «... die paar Millionen Franken, die das Gipfeltreffen kostete, sicher wert sind. Gäbe es Reagan und Gorbatschew nicht, man müsste sie erfinden».

Mehrere Zeitungen würdigten anlässlich der Eröffnung der Ausstellung «100 Jahre Gotthard-Festung» die sicherheitspolitische und militärische Bedeutung dieser Anlagen. Bezeichneten die **Luzerner Neusten Nachrichten** (11. 11.) die Festungen eher nüchtern als «Symbol für Verteidigung», so trat beim **Luzerner Tagblatt** (11. 11.) der «Widerstandswille» in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Der **Tages-Anzeiger** (11. 11.) meinte: «Gerade der Schleier der Geheimhaltung gibt dem Mythos um dieses Bollwerk einen zusätzlichen Akzent.» Auch «noch heute» – so das **Uerner Wochenblatt** (9. 11.) – «aber auch in absehbarer Zukunft erfüllt die Alpenfestung und mit ihr das Festungskonzept der Gotthard-Region eine konkret umschriebene Aufgabe innerhalb des Verteidigungskonzept ... Der im Schweizervolk tief verankerte Gotthard-Gedanke soll auch weiterhin einer der Pfeiler unseres Verteidigungswillens bleiben.»

6. Zum Entkriminalisierungsvorschlag des EMD und zur Armeeausschaffunginitiative

Als «Zivildienst durch die Hintertür» bezeichnete die **Schweizerzeit** (1. 11.) den vom EMD in Vernehmlassung geschickten Entwurf für eine Änderung des Militärstrafgesetzes zur Entkriminalisierung des Strafvollzugs für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen. «Was ist denn das? Das Militärstrafgesetz kriminalisiert in Artikel 81 eben den Verweigerer ... Wenn nun die genannte Kommission statt Haft (sprich Gefängnis) einen Arbeitsdienst vorschlägt, so haben die Zivildienstler durch die Hintertür gewonnen. – War das der Zweck der Übungen?»

Die **Gazette de Lausanne** (13. 12.) sprach gar von «camouflage, trahison et illusion». Die Betroffenen würden durch einen Arbeitsdienst privilegiert, weil es keine «sanction pénale prononcée contre l'objecteur», keinen Eintrag ins «casier judiciaire» mehr geben würde und für den Vollzug des Arbeitsdienstes nicht mehr das EMD, sondern das Departement des Innern oder das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement verantwortlich wäre. «En fait, vous l'avez déjà deviné, c'est l'introduction, par la bande, d'un service civil qui n'ose pas avouer son nom ... Si le refus de servir n'est plus un délit sanctionné comme tel, la collaboration de chacun à l'effort de défense ne paraît plus indispensable.» Diese Lösung verletze Artikel 18 der Bundesverfassung und sei illusorisch zugleich.

«Enfin, l'engagement prioritaire des objecteurs pour l'entretien des forêts pourrait ne pas faire l'unanimité, si l'on se réfère à l'expérience française: trois mille objecteurs d'Outre-Jura, astreints à un travail d'intérêt général, y ont refusé leur affectation à l'Office national des forêts, réclamant de pouvoir effectuer des tâches sociales.»

Die Vernehmlassung wurde auch von Friedenskreisen und marxistisch-kommunistisch Ausgerichteten abgelehnt. Stellvertretend für letztere sei die **Poch-Zeitung** (11. 12.) zitiert. Sie stiess sich daran, «dass weiterhin die Militärs das Gewissen dividieren und die «echten» Dienstverweigerer in hierarchisch und straff geführte Arbeitslager einweisen können».

Einige wenige Blätter meldeten sich zum Halbzeitstand bei 52 000 Unterschriften für die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee ...» zum Wort. Das **Luzerner Tagblatt** (14. 12.) kommentierte die Zahl als nicht gesichert, da diese noch zuerst beglaubigt werden müsse. «Diese Initiative ist für die Katze ... und absurd, und zwar aus zwei Gründen: Erstens kann die Schweiz auf ihre Armee nicht verzichten, und zweitens haben die Forderungen der Initiative nicht die geringste Chance, etwas zu bewirken, geschweige denn, angenommen zu werden.» Das **Freiämter Tagblatt** (6. 12.) rückte die Initiative in die Nähe der Truppenübung «Feuerwagen» und lobte das geduldige Ausharren der Bevölkerung während einer Manövernacht. «Fürwahr: Solange unser Volk all die vielen Unannehmlichkeiten, die mit einer grossen Truppenübung verbunden sind, mit derartiger Gleichmut erträgt, ist eines sicher: Das Volk steht hinter seiner Armee. Und damit ist die Bevölkerungsübung bestanden.» Bezeichnete der **Blick** (11. 11.) die Abschaffung der Schweizer Armee als «eine Beleidigung für jeden Soldaten», so wollte die **Solothurner AZ** (16. 12.) glauben machen, mit dieser Initiative «Packed nun doch endlich brechen zu können».

7. Lehren aus herbstlichen Truppenübungen

Abgesehen vom «permanenten Krisenmanagement», das in der Truppenübung «Feuerwagen» existiert habe, sei doch wohl die «respektable Panzerdemo» in Bern beachtenswert gewesen, schrieb die **Schweiz. Handels-Zeitung** (12. 12.). «Fest steht, dass man ein Musterbeispiel für die dissuasive Kommunikation geliefert hat. Eine Armee ist nicht erst gut, wenn sie domestiziert – möglichst ruhig und unsichtbar – in Wäldern und auf Bergschliessplätzen kämpft. E. Lüthy ist mit ihr mitten in die Agglomerationen gegangen und hat – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bei der Bevölkerung viel Verständnis bekommen.» Die **Neue Zürcher Zeitung** (7./8. 12.) spinnte diesen Gedanken zur militärischen Ausbildung grundsätzlich weiter. Ob der eindruckliche Einbezug von Siedlungen und Ballungszentren etwa einen «Wendepunkt in der Führung grosser Verbände» ankündige, sei nicht mit einem klaren Ja oder Nein zu beantworten. Eines folgerte das Blatt aber deutlich: «Auch die mittlere und höhere Führung muss im Stadt- und Siedlungskampf geschult werden.» Diesbezüglich wären «Modelldörfer» in Zusammenarbeit mit am Tourismus interessierten Kreisen und Gemeinden zu errichten. Das «Kriegs-

bild für den Kampf in bebauten Gebieten» sei vermehrt bewusst zu machen. In einem Exklusiv-Interview gab der Übungsleiter der **Berner Zeitung** (6. 12.) gegenüber zu verstehen: «Ein Problem bestand darin, dass es den Beteiligten oft schwerfiel, Prioritäten zu setzen, Entscheide darüber zu fällen, was zeitlich dringend gelöst werden muss und was verschoben werden kann. Oft wurde alles zugleich angepackt.»

Wiewohl die Truppenübung «Tornado due» ausbildungsmässig ein Erfolg war, wurde sie durch zwei schwere Unfälle bei der Haubitzenabteilung 35 überschattet. Ein allgemein gegen die Pinzgauer-Fahrzeuge der Armee und Korpskommandant R. Maillard gerichteter Kommentar des Reporters K. Zurfluh wirbelte zusätzlich Staub auf. Als «culot» bezeichnete **La Suisse** (18. 10.) die Verknüpfung des Unfalles mit der Forderung nach einem Rücktritt des Ausbildungschefs durch den «chouchou, le beau K. Zurfluh». Andererseits konnten Erklärungen zur Truppentauglichkeit des Pinzgauers sowie zur Regelung der Ruhezeitkontrolle im Militär die Zweifel in der Presse nicht ausräumen. So hätten dem **Tages-Anzeiger** (17. 10.) gegenüber mehrere Soldaten «unabhängig voneinander» berichtet, dass «für sie die Übermüdung der Fahrer als Ursache der Unfälle» feststehe.

Le Matin (11. 11.) veröffentlichte im Rahmen dieser Truppenübung «un sondage sur quelque 500 conducteurs engagés dans la manœuvre. But: vérifier si les conducteurs avaient pu se conformer à l'article 2 de la prescription 55 de leur manuel ... Selon les contrôleurs, environ 17 pourcent des hommes n'avaient pas eu leurs huit heures de sommeil (ou de repos), 3 pour-cent de ceux-ci n'avaient même quatre heures. Soit la moitié du temps légal!» Das Blatt meinte abschliessend, dass «des cadres inconséquents» für einen solchen Zustand verantwortlich seien. Der **Walliser Bote** (18. 10.) wollte nach diesen Unfällen «einen Vertrauensschwund» wahrgenommen haben.

Als an die Adresse der militärisch Verantwortlichen des Schiessens auf der St. Luzisteig gerichtete staatspolitische und militärische Lehre unterstrich das **Aargauer Tagblatt** (7. 12.): «Besser aufpassen, dort, wo hohe Werte auf dem Spiel stehen ... In solchen Fällen muss im Zweifel, auch wenn es schwer fällt, für einmal ein Ausbildungsziel hintangestellt werden ...» Es gehe nun darum, «neues Vertrauen zu schaffen», nachdem das Verhältnis zwischen dem Fürstentum Lichtenstein und der Schweiz in bezug auf den Waffenplatz St. Luzisteig «entkrampft» gewesen sei, meinte die **Neue Zürcher Zeitung** (9. 12.). Der Fall habe erneut die Problematik von Ausbildungsplätzen in unserem dicht besiedelten Land gezeigt. «Sollen in Zukunft nicht noch weitere Ereignisse hingenommen werden müssen, sind aus dem bedauerlichen Vorfall armeerweit die Lehren zu ziehen.» Weidlich ausgeschlachtet wurde dieser Waldbrand vom **Volksrecht** (11. 12.). Es unterstellte, dass seitens «gewisser Militärs» nicht viel Verständnis für die Ökologie vorausgesetzt werden könne. «Hinter allem scheint sich Draufgängertum und falsch verstandener Ehrgeiz zu verbergen.» Die **Basler AZ** (10. 12.) glaubte, mit diesem Brandfall «die Gleichgültigkeit militärischen Tuns» in bezug auf den zivilen Sektor belegen zu können. ■